

presse

Experten bestätigen: Regierung bremst Energiewende aus

Zur gestrigen Experten-Anhörung im Unterausschuss zum Gesetzentwurf zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erklärt der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dirk Becker:

Die Bundesregierung bremst bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das hat die Experten-Anhörung im Unterausschuss gezeigt. Sowohl die Präsidenten des Bundesverbandes für Windenergie und des Bundesverbandes für Bioenergie als auch Vertreter der Solarbranche attestierten der Bundesregierung, einen Entwurf vorgelegt zu haben, der den Ausbau der Erneuerbaren Energien hemmt. In der jetzigen Form schafft das Erneuerbare-Energien-Gesetz mehr Probleme, als es löst.

Anstelle bei der Novellierung auf die bewährte und kosteneffiziente Windenergie an Land zu setzen und somit kleine und regionale Marktteilnehmer zu unterstützen, wird hier unverhältnismäßig gekürzt. Selbst die Sachverständigen der CDU/CSU, Hildegard Müller vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, bestätigte den Kahlschlag beim Wind. Der Bundesverband Windenergie befürchtet durch die Kürzungen eine Halbierung der aktuellen Ausbaugeschwindigkeit und daraus resultierende hohe gesellschaftliche Kosten.

Während bei den Kleinen gekürzt wird, übervorteilt der vorliegende Gesetzentwurf große Marktteilnehmer und teure Lösungen. Das findet sich nicht nur bei der massiven Förderung der Offshore-Windenergie und großer Biogasanlagen wieder, sondern auch bei der Einführung der sogenannten

Marktprämie.

Nach Willen der Bundesregierung soll eine Marktprämie helfen, die Erneuerbaren Energien in den Markt zu integrieren. In Wahrheit wird hier aber - so die Experten aus der Branche - der zweite Schritt vor dem ersten getan. Es fehlen klare Anreize für eine verlässliche und bedarfsgerechte Stromlieferung aus Erneuerbaren Energien. Nur die Großen der Energiebranche werden diese Manko mit ihren bereits bestehenden Marktzugängen und Kraftwerkskapazitäten ausgleichen können und massiv an der Marktprämie verdienen - der Stromverbraucher zahlt die Mehrkosten. Gleichzeitig beerdigt Schwarz-Gelb faktisch das Grünstromprivileg - das bisher einzig bewährte und effektive Instrument zur Vermarktung von Grünstrom.